Herr Koculan von der Fraktion Die Linke trug den Antrag seiner Fraktion vor.

Herr Doğan sagte, dass es ohne wenn und aber menschenverachtend wäre, wenn Frauen, Männer und Kinder im Mittelmeer ertrinken und sterben müssten, insbesondere weil sie ihr Land aufgrund von Krieg, Vertreibung oder sonstigen verheerenden Ursachen verlassen müssten. Es wäre aus Sicht der Verwaltung auch sehr nachlässig wie einige europäische Länder damit umgingen, dieses Problem nicht zu lösen. Aus Sicht der Verwaltung seien Initiativen, wie dieser vorliegende Antrag der Fraktion Die Linke, aber nicht zielführend insoweit, als dass die Bundesregierung, wie die Oberbürgermeister dieser drei Städte es auch selbst in ihrem Brief darlegen würden, derzeit versucht, eine europäische Gesamtlösung zu eruieren und in Gesprächen mit diesen Ländern dieses Ziel auch verfolgen würde. Dieses Problem sei eine außenpolitische Herausforderung und müsse auch auf dieser Ebene gelöst werden. Die Verwaltung sehe die Bundesregierung mit ihrer Zielsetzung auch auf dem richtigen Weg, dieses Problem zu lösen. Wie alle anderen Städte auch, sei die Stadt Sankt Augustin selbstverständlich bereit, die nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz zugrundliegenden Aufnahmequoten zu erfüllen. Sankt Augustin übererfülle die zugewiesene Quote derzeit mit 58%. Sankt Augustin habe derzeit eine Aufnahmequote von 158%. Selbstverständlich würde Sankt Augustin bei einer Anpassung der Quote, wie auch immer diese aussehen würde, diese erfüllen. Sankt Augustin habe Kapazitäten, um zusätzlich Geflüchtete unterzubringen. In diesem Zusammenhang dürfe aber, auch wenn es der Not der Menschen nicht gerecht würde, das fiskalische Argument nicht außer acht gelassen werden. Die Bundesregierung habe angedeutet, dass sie eine auskömmlichere Finanzierung in Aussicht stelle. Derzeit wäre es aber so, dass die Stadt für die ersten drei Monate des Verfahrens, wenn eine Ablehnung in Aussicht stehe, eine Kostenkompensation habe. Nach diesen drei Monaten würden keine Kosten mehr kompensiert. Insoweit wäre eine zusätzliche, über die Quote hinausgehende Aufnahme von Geflüchteten, natürlich eine freiwillige Leistung, die die Stadt Sankt Augustin als Kommune in der Haushaltssicherung rechtlich nicht eingehen dürfe. Er betonte, dass wenn die Quote erhöht würde, selbstverständlich Sankt Augustin die rechtliche Verpflichtung einhalten und diese Quote erfüllen würde. Insofern erachte die Verwaltung den Antrag als inhaltlich überflüssig, da er nur den status quo der rechtlichen Arbeit wiedergebe.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch ergänzte, dass sie im Kern nicht mehr tun könnten, als an die Bundesregierung zu appellieren auf eine europäische Aufnahmelösung zu drängen und das Problem nicht in die Kerker von Libyen zu verlagern.

Herr Metz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betonte, dass das Retten von Menschenleben immer an erster Stelle stehen müsse. Seine Fraktion sehe diesen Antrag als ein Signal dafür und sie würden ihm zustimmen. Dieser solle auch nur als Signal bewertet werden, denn die Debatten zu dieser Problematik seien nicht im Stadtrat zu führen, sondern anderswo.

Herr Kammel von der FDP Fraktion ist der Meinung, dass dieser Antrag ein völlig falsches Signal senden würde. Bei den derzeit über das Mittelmeer kommenden Menschen handele es sich nicht um Flüchtlinge, sondern fast ausschließlich um illegale

Migranten. Migranten und Flüchtlinge sei etwas ganz anderes. Die Seenotrettungsschiffe, die derzeit auf dem Mittelmeer unterwegs wären, unterstützten und sicherten das Geschäft von kriminellen Schleppern. Sie wären mitverantwortlich dafür, dass sich Tausende auf seeuntauglichen Booten aufs Meer begeben und viele dabei ertrinken würden. Dies müsse man nicht unterstützen sondern unterbinden. Mit solchen Anträgen und solchen Briefen, wie sie die Oberbürgermeister geschrieben hätten, treibe man nur der AfD Wähler in die Arme. Dies sei ein völlig falsches Signal und daher würde seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr Knülle von der SPD Fraktion erinnerte daran, dass sie in Sankt Augustin bei Themen zur Flüchtlingsproblematik immer den guten Brauch gehabt hätten, alle an einem Strang zu ziehen. Sie wären damit auch vorbildlich gegenüber anderen Kommunen gewesen, die sich in der Hochphase der Flüchtlingsproblematik in ihren Stadträten zerstritten hätten, was keiner Partei, keinem Bürger und keinem Flüchtigen etwas positives gebracht habe. Deswegen hätte er sich auch gewünscht, dass man vorab bevor man einen solchen Antrag in den Rat bringe mit den anderen Fraktionen Kontakt aufgenommen hätte, um etwas gemeinsames zu formulieren. Dies wäre in der Tradition der letzten drei Jahre und der richtige Weg gewesen. Er denke, dass die Stellungnahme der Verwaltung dazu richtig sei und dass es ein falsch verstandenes Signal wäre, wenn sie den so formulierten Antrag in dieser Sitzung beschließen würden. Das beste Signal in die Welt wäre das, was sie die letzten drei Jahre deutlich getan hätten und dies bräuchten sie nicht zu beschließen, sondern dies müssten sie nur tun. Er bedankte sich in diesem Zusammenhang bei allen, auch bei den vielen ehrenamtlich Tätigen, die in Flüchtlingshilfe so engagiert sind und waren.

Herr Schell von der CDU Fraktion stimmte Herrn Knülle zu, dass eine Übererfüllung der Flüchtlingsaufnahmequote in Sankt Augustin von 58 % ein deutliches Zeichen dafür wäre, dass Sankt Augustin bisher sein Möglichstes getan habe, Flüchtlingen zu helfen. Genauso wie sie damals gemeinsam mit der Verwaltung einstimmig die Landesregierung unterstützt hätten in Sankt Augustin eine zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) einzurichten. Als die Dublin III Flüchtlinge in der ZUE untergebracht werden sollten, wären sie dann auch einstimmig dagegen gewesen. Zwischenzeitlich wären fast 600 Personen in dieser ZUE untergebracht gewesen, ohne dass dies zu größeren Problemen in der Bevölkerung und im umliegenden Handel geführt hätte. Bei der Frage, ob sie noch mehr tun wollen, möchte er an die Worte von Herrn Schäuble erinnern, der gesagt hätte, als er hier in Hangelar zu Gast war: „Ja wir müssen helfen, aber wir können nicht jedem helfen“. Die Formulierung des Antrages würde offen lassen, ob wir uns nur den Städten Bonn, Köln und Düsseldorf anschließen oder auch noch erklären, in Not geratene Flüchtlinge zusätzlich aufnehmen zu wollen. Die Formulierung des Antrags würde beide Varianten zulassen. Herr Koculan hätte auf seiner Internetseite einen Link der Linken von Münster geteilt, die ganz klar die weitere zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten durch die Stadt Münster über das Kontingent hinaus fordern würden. Dies wäre in Münster abgelehnt worden. Herr Schell zitierte den dazu von Herrn Koculan im Internet veröffentlichten Kommentar. Er sagte, dass die CDU Fraktion, unabhängig davon wie der Antrag gemeint wäre, ob ein Aufnahme noch über das Kontingent hinaus oder nicht, diesen Antrag aus den bereits genannten Gründen auch von SPD, FDP und Aufbruch ablehnen würden.

Herr Koculan erklärte, dass es in diesem Antrag hauptsächlich darum ginge, sich den Oberbürgermeistern von Bonn, Köln und Düsseldorf anzuschließen und nicht um ein Extrakontingent für die Geflüchteten wie in Stuttgart. Die Ausführungen der CDU und FDP zu diesem Antrag wären für ihn keine Argumente. Man könne nicht den Kopf in den Sand stecken. Seine Fraktion würde diesen Antrag zur Abstimmung stellen und jeder könne abstimmen wie er wolle.

Herr Köhler meinte, dass in dem Kernpunkt alle einer Meinung wären, dass es gelte Leben zu retten, wenn Leben in Gefahr sind. Dies würde unser Verständnis von Menschlichkeit, die internationale Seerechtskonvention, die europäischen Grundwerte usw. gebieten. In diesem Kernpunkt gebe es keine Diskrepanz. Diese Diskussion, ob es notwendig ist weitere Flüchtlinge aufzunehmen führe zu nichts. Er schlage daher, anknüpfend an die Ausführungen von Herrn Knülle vor, eine konsensuale Lösung zu finden, die die Botschaft beinhalte, liebe Bundesregierung strengt euch an, damit ihr eine einheitliche europäische Lösung zur Verteilung der Flüchtlinge erzielt und grenzt euch gegen unmenschliche Politik ab. Dies wären die Kernpunkte, auf die sie sich eigentlich alle einigen können müssten.

Frau Jung von der FDP Fraktion entgegnete dem Vorschlag von Herrn Köhler, dass sie nicht glaube, dass sie an dieser Stelle an diesem Abend dafür eine gemeinsame Erklärung finden würden, weil dafür zu viele Worte gesagt oder geschrieben worden wären. Sie wolle ein Zitat von Herrn Koculan „Kopf in den Sand stecken“ aufgreifen. Wenn sie mal die letzten dreißig Jahre zurück blicken würden, was die Verwaltung, die Politik und die Bürger hier in Sankt Augustin für die Flüchtlinge getan hätten. Sie erinnere beispielsweise an die Flüchtlinge durch die Jugoslawienkriege, wie engagiert in Sankt Augustin zur Integration von Menschen die zu ihnen gekommen wären gearbeitet worden wäre. Die Probleme im Mittelmeer wären nicht neu. Sankt Augustin habe eine Erfüllungsquote von 158 Prozent. Sie hätten als Kommunalpolitiker die Aufgabe, diese schwere Situation für Sankt Augustin zu bewältigen. Sie müssten diese Menschen in vernünftigen Wohnungen unterbringen. Sie müssten Schulen und Kinderbetreuung haben. Sie müssten auch für alte Menschen sorgen, auch diese Menschen würden hier alt. Sie müssten für Arbeitsplätze sorgen, für Begleitung und vor allem für Sprachunterricht, damit die Menschen hier ankommen könnten. Sie hätten als Kommunalpolitiker genug in dieser Stadt zu tun und müssten sich nicht hier im Rat mit europäischen Themen beschäftigen. Sie möchte gerne diese Probleme lösen und ihr „Pferd ins Ziel reiten“.

Frau Bergmann-Gries von der SPD Fraktion unterstrich und bestätigte die Ausführungen von Herrn Knülle. Die Diskussion zu diesem Antrag fände sie etwas schräg. Es wäre völlig unstrittig, dass die Menschen im Mittelmeer gerettet werden müssten. Es wäre aber auch wichtig, dass den Schleppern, die Menschen gegen viel Cash auf Schlauchbooten rüber bringen wollen, das Handwerk gelegt werde. Menschenfängern, die Menschen in der Sahara auf Lastwagen verrecken lassen, müsse auch unbedingt das Handwerk gelegt werden. Sie habe in Sankt Augustin ganz viele Projekte erlebt, bei den Steylern, der Hochschule usw., die sich damit beschäftigen, in welchen unfairen Handelsbeziehungen sich die Länder, aus denen die Menschen zu uns kommen wollen, befinden. Eine völlig schräge Situation auf dem Weltmarkt, die Armut produziere. Sie wünsche sich, dass die Bundesregierung und die EU-Kommission deutlich mehr tue. Da

könnten sie alle nur als Politiker in ihren Parteien wirken und nicht als Stadt Sankt Augustin. Dies wäre Augenwischerei, so zu tun, als wenn sie es als Stadt Sankt Augustin könnten.

Frau Schmidt schloss sich den Ausführungen von Frau Bergmann-Gries an und betonte nochmal, dass man nicht oft genug Signale für Humanität und Integration setzen könne.

Herr Schell betonte, dass er es auch weiterhin für wichtig erachte, dass sie als Rat gemeinsame Lösungen für die der Stadt Sankt Augustin zugewiesenen Flüchtlinge fänden. Diesbezüglich sei er auch zuversichtlich, dass sie das schaffen würden. Bezüglich des vorliegenden Antrages, ob eine Resolution gemacht werde, erinnere er an die großen Bemühungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, insbesondere auch auf europäischer Ebene Lösungen zu finden und wie sie dafür gescholten worden wäre. Er glaube, dass die von Frau Merkel geführte Bundesregierung zu dieser Problematik nicht noch eine zusätzliche Resolution brauche. Sie würden hier alles tun, die entsprechend des Königssteiner Schlüssels zugewiesenen Flüchtlinge so gut wie möglich unterzubringen, zu integrieren und mit entsprechenden Beschlüssen zu unterstützen. Diesen Antrag aber würden sie ablehnen.

Herr Koculan stellte klar, dass er mit seiner Äußerung „den Kopf in den Sand stecken“ nicht das Verhalten der Politiker, der Bürger und der Verwaltung der Stadt Sankt Augustin in den letzten 30 Jahren gemeint habe, sondern den Moment seit den Rechtspopulisten.

Herr Köhler betonte, dass er die Gedanken und die Botschaft des Antrages der Linken Fraktion verstehen könne, Rettung von Menschen, und unterstützen würde. Diesen Ansatz mit diesem Antrag, bei der Stadt zusätzliche Kontingente anzubieten, könne er nicht mittragen, deswegen würde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Piéla von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bat den Bürgermeister, weil der Antrag digital in Mandatos nicht geöffnet werden konnte, den Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorzulesen.

Herr Metz stellte für seine Fraktion klar, dass sie den Beschlussvorschlag so verstehen würden, dass sie sich dem anschließen, was die Oberbürgermeister/in der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf geschrieben hätten, nämlich die Bereitschaft der Aufnahme im Rahmen der Kontingente. Für seine Fraktion wäre dies das was beantragt wäre.

Herr Koculan schloss sich den Ausführungen von Herrn Metz an.